Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
331/52

Herrn Kirchenrat Dr. Wiese erg.
mit nachfolgender Stellungnahme zu dem Schriftsatz des
Rechtsanwalts Dr. Brückel zurückgereicht:

Anlaß zu der Einsetzung der Finanzabteilungen hat zweifellos die Rechtsunsicherheit geboten. Ich bin an den vorbereitenden Arbeiten nicht beteiligt gewesen, weiß aber genau, daß der preußische Finanzminister Dr. Popitz auf die Angelegenheit wesentlichen Einfluß genommen hat. Die Finanzabteilungen sind angeordnet durch ein preuß.Gesetz vom 11.9.1935 (Pr.Ge.Bl. S.39, Mann.Kirchl.Amtsbl.1935, S.136), das außer vom Ministerpräsidenten von den Ministern Popitz und Kerrl als dem Finanz- und dem Kultusminister unterschrieben ist. Sie sind dann später durch Verordnungen des Reichskirchenministeriums bestätigt und auf die DEK und außerpreußische Landeskirchen ausgedehnt worden. Der Innenminister hatte mit der Sache nichts zu tun. Ein Gesetz über die Staatsaufsicht aus den 70er oder 80er Jahren hat bei der Sache auch keine Rolle mehr gespielt, allerdings führt das Gesetz über die Finanzabteilungen gewisse Grundsätze der Artikel 10 ff. des preuß. Staatsgesetzes über die Kirchenverfassungen vom 8. April 1924 (Preuß.Gesetzsammlung S.21) fort und dieses geht inhaltlich auf ältere Gesetze zurück (Staatsges. betr. die evangel.Kirchenverfassung in den 9 älteren Provinzen vom 3.6.1876 (G.S. S.125); Ges.betr. Änderung der Kirchenverfassung der ev.-luth.Kirche der Provinz Hannover vom 6.5.1885 usw.)

(Zu Ihrer Information: Es ist möglich, daß auch der Reichsjustizminister sich für die Bildung von Finanzabteilungen oder Ergreifung entsprechender Maßnahmen ausgesprochen hatte. Der Zusammenbruch des kirchlichen Rechtslebens auf Grund der Maßnahmen der deutsch-christlichen Kirchenregierungen kam vor allem in den Urteilen der Zivilgerichte zum Ausdruck. Dabei ist allerdings zu beachten, daß diese Urteile nicht allein zu Gunsten der Bek.Kirche ausgefallen waren z.B. hatte auch der 1933 eingesetzte Präsident des Ev.Oberkirchenrats, Dr. Werner, ebenfalls seinen Prozeß gewonnen, wodurch zweifelhaft wurde, ob z.B. der 1933 eingesetzte altpreuß. Kirchensenat legal war. Jedenfalls nahm dieser ebenfalls seine Tätigkeit nach dem Rücktritt Jägers wieder auf, und es gelang nur, unter Hinweis auf die in Vorbereitung befindliche

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Bildung der Finanzabteilungen den Preuß. Kultusminister zu bewegen, dem Kirchensenat gegenüber Erklärungen abzugeben, die ihn zur Einstellung seiner Tätigkeit veranlaßten.

Der Justizminister beobachtete, daß die Justiz bei den radikalen Parteikreisen in Mißkredit geriet und war deshalb mehr daran interessiert, die Justiz in ihrem eigenen Interesse von den Kirchenprozessen zu befreien. Hier liegt auch das Motiv für die später eingerichtete Beschlußstelle.)

Der Einfluß des Preuß.Finanzministers Popitz und der alten Beamten im Preuß.Kultusministerium wirkten sich zunächst darin aus, daß die Finanzabteilungen mit Beamten der allgemeinen kirchlichen Verwaltung besetzt wurden. Der Gedanke war, daß die vom Staat an die Kirche abgeführten Kirchensteuern und Staatsleistungen nicht in einen allgemeinen Wirrwarr hinein überführt werden sollten, sondern daß auf kirchlicher Seite eine relativ objektive Stelle für deren ordnungsmäßige Verteilung sorgen sollte. Auf diese Weise hofften Popitz und andere, die auf staatlicher Seite einsetzenden Bestrebungen auf Einstellung der Staatsleistungen und auf Abbau des bisherigen Kirchensteuersystems ihrer Argumente zu entkleiden.

Es trifft zu, daß die radikalen Kreise der Partei, insbesondere Hermann, die schärfsten Gegner der Finanzabteilungen waren. Die Kirchenpolitik der Parteikreise war ja von 1933 an zwiespältig. Die eine Richtung, vertreten durch Rosenberg und die anderen offen kirchenfeindlichen Kreise, war für radikale Trennung von Kirche und Staat und organisatorische Verkümmerung der Kirche, die andere Richtung erstrebte eine gewisse Einflußnahme auf die Kirche und tendierte deshalb zum Ausbau der staatskirchlichen Ansätze im Staatskirchenrecht. Hitler, der zunächst aus taktischen Gründen der 2. Richtung zuneigte und vielleicht sogar eine Zeitlang gemeint hat, mit Hilfe einer staatlich geförderten ev.Kirche die kath.Kirche zerschlagen zu können, ging immer mehr zur 1.Richtung über.

Gegenüber dieser Entwicklung in der Haltung von Hitler versuchte Kerrl im Interesse der Kirche zu vermitteln, und zwar zunächst

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-131-3

in der Weise, daß er ihr Rechtshilfe leistete, um wieder zu geordneten Verhältnissen zu kommen. In diesem Sinn verstand er auch die Arbeit der Finanzabteilungen. Es lag nicht in seinem Sinn, die Finanzabteilungen zu laufenden Einwirkungen auf die Kirche zu verwenden. Staatssekretär Muhs neigte mehr dazu, den Finanzabteilungen Anweisungen im Einzelfall zu geben. Durch ihn (Minister Kerrl ist im Dezember 1941 gestorben) sind dann auch die Finanzabteilungen immer mehr in der Weise umgebildet worden, daß der Einfluß der Beamten der allgemeinen kirchlichen Verwaltung vermindert wurde und daß die Leitung Vertrauensleuten von Muhs übertragen wurde. Mit diesen Persönlichkeiten wie Dr. Cölle verhandelte Muhs immer persönlich. So kommt es, daß ich z.B. Dr. Cölle nur ganz wenige Male gesehen und wahrscheinlich über seine Arbeit niemals mit ihm gesprochen habe (Zu Ihrer Information: Die Auffassungen des Ministers und des Staatssekretärs gingen in dieser Angelegenheit sehr häufig auseinander, wie man sich ja überhaupt den Staat und auch die Partei nicht als eine einheitliche Größe im einzelnen vorstellen darf. Näheres hierüber können Sie z.B. auf S.4 des beiliegenden Aktenvermerks über grundsätzliche Ausführungen des Ministers anläßlich einer Referentenbesprechung im Ministerium vom 22.7.1939 sehen. Diese Besprechung liegt nach meinem Ausscheiden. Der Vermerk ist mir aber von meinen früheren Kollegen irgendwie zugeleitet worden und befindet sich auffälligerweise noch in meinem Besitz. Ich bitte ihn auf keinen Fall im Original aus der Hand zu geben. Die zu Eingang des Vermerks erwähnte Hausverfügung HB 2939 aus 39 habe ich nicht mehr genau in Erinnerung. Soviel ich weiß, betonte sie aber stark, daß der Minister allein für die Kirchenpolitik zuständig sei.)

In welchem Maße diese von Muhs eingesetzten Persönlichkeiten in der Leitung der Finanzabteilungen ihrerseits mit den provinziellen Partei-Staatsstellen Verbindung gehalten haben, kann ich infolgedessen nicht beurteilen. Sie haben hierüber höchstens an Muhs selbst oder an die im Sinne von Muhs arbeitenden Referenten des Ministeriums berichtet.

Ich möchte annehmen, daß wir ebenso wie nach Staatssekretär müssen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-139-4

Dr.Muhs selbst, die Tendenz ihrer Arbeit insgesamt nicht als kirchenfeindlich verstanden haben, und daß sie auch Kompromisse mit den nationalsozialistischen Behörden in dem Sinn geschlossen haben, daß sie durch Nachgeben im einzelnen die Position der Kirche insgesamt zu wahren versuchten. Ob die Aufgabe von kirchlichem Grundbesitz im einzelnen oder im ganzen als eine solche Konzession von einzelnen Männern der Finanzabteilungen angesehen worden ist, kann ich auch nicht beurteilen.

Fest steht jedenfalls, daß die Tendenz der führenden Parteikreise (Bormann, Ley, Rosenberg, Himmler) darauf hinauslief, der Kirche ihren Grundbesitz zu nehmen und jedenfalls eine Erweiterung des Grundbesitzes zu verhindern. Dieses trat deutlich zu Tage anläßlich eines Schriftwechsels zwischen Reichsminister Kerrl in seiner Eigenschaft als Leiter der Reichsstelle für Raumordnung und dem Reichsleiter Dr. Ley, als sich herausstellte, daß in der Planung des Volkswagenwerkes keinerlei Raum für gottesdienstliche Häuser der Kirchen vorgesehen war. Kerrl setzte sich damals in einem persönlichen Brief entschieden dafür ein, daß die Kirchen in der Stadtplanung berücksichtigt würden, und erhielt darauf eine scharfe, mit prinzipiellen Erwägungen begründete Ablehnung. Während die radikalen Parteileute Kerrl gegenüber teilweise ihre kirchenfeindliche Haltung zu kaschieren versuchten, trat in diesem Briefwechsel die kirchenfeindliche Haltung deutlich hervor, und Kerrl hat gerade diesen Brief, wie er uns gegenüber auch aussprach, als einen klaren Beweis für die ihm sonst gegenüber gelegentlich abgestrittene kirchenfeindliche Haltung angesehen.

Rw 24.5.52

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Z 25 131-5

BP 13./14.10.51.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Durchschrift

25-131-6
Ruppel, Dr. Erich
Oberkirchenrat

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
341/52

PROTOKOLL

Auf Anordnung des Generalsekretärs des Deutschen Institutes für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit suchte Dr. Hans Buchheim am 13. und 14.Oktober 1951 den in Hannover wohnenden Herrn Oberkirchenrat Dr.Erich Ruppel auf, um Fragen im Zusammenhang mit der Religionspolitik der Nationalsozialisten zu klären.
Herr Dr. Ruppel ist Jurist und hatte im ehemaligen Kirchenbundesamt das Referat für die Verfassungen der Landeskirchen. Wegen seiner diesbezügliche Erfahrungen wurde er im Juli 1935 in die geistliche Abteilung des Kultusministeriums berufen, welches für die kirchlichen Angelegenheiten zuständig war, soweit sie in den Verwaltungsbereich des Reiches gehörten. Heute leitet Herr Dr. Ruppel das Büro des Landesbischofs von Hannover.

Herrn Dr. Ruppels Mitteilungen betrafen in der Hauptsache Personalia des Reichskirchenministeriums und den Anteil des Ministeriums an der Kirchenpolitik.

Bei seinem Eintritt ins Kultusministerium im Juli 1935 traf Dr.Ruppel als Mitglieder der geistlichen Abteilung an:
Min.Rat Geheimrat Gühring, Min.Rat Grünbaum, Min.Rat Dr. Stahn, Min.Rat Schlüter, Min.Rat Theegarten.
Schlüter und Theegarten waren katholisch, Grünbaum und Dr.Stahn waren beide aus der altpreussischen Kirchenverwaltung hervorgegangen.
Schlüter ist verheiratet mit der Schriftstellerin Maria Schlüter Hermes. Stahn war pietistisch; er arbeitete an einer Bibelübersetzung. Theegarten schilderte Dr. Ruppel als einen Grandseigneur.
Ausser Geh.Rat Gühring kamen diese Herren alle ins RKM. Hinzu kamen:
Oberstudiendirektor Barner, alter Pg. und alter Landsmannschaftler. Er war Stadtschulrat in Osnabrück; war gebildet und führen nett. Er starb sehr bald.
Pastor Szymanowski aus Schleswig-Holstein. Er hatte das goldene Parteiabzeichen; war bieder aber dumm. Er hatte Kerrl um eine Stelle gebeten, weil er Lehrschwierigkeiten mit seiner Kirche gehabt hatte; Kerrl machte ihn zum Oberregierungsrat. Er war suspekt, weil er im SD war; es war das Werk Dr.Stahns, dass es gelang, ihn auf ein ungefährliches Gleis zu schieben: er bekam das Referat für Sekten, Deutsche Glaubensbewegung usw. Er trat dann wohl auch aus der Kirche aus. Stahn stellte dann später auch unerledigte Akten und Nachlässigkeiten bei ihm fest, sodass er mit einem Verweis bestraft wurde. Kerrl machte diese Praxis auch mit. Später nannte Szymanowski sich Biederstein; er war in Nürnberg mit angeklagt.
Pfarrer Dudzus. Er hatte den Auftrag, Jugendprobleme zu behandeln. Dudzus war einen Denuntiant.
Assessor Haugg. Er war der einzige, der ~~etwas~~ gesellschaftlich etwas im "Alten Kreis" der Herren zugelassen war, die aus dem Kultusministerium gekommen waren. Er schrieb eine Broschüre

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

über das RKM, über die seine Kollegen ziemlich entsetzt waren. Er beschäftigte sich viel mit dem Studium der Ostkirche und der Freikirchen. Er war zuletzt noch mit Theegarten zusammen in Wittenberg. Nach dem Krieg schrieb er einmal in der ~~Zeitung~~ "Wandlung". Er ist jetzt Regierungsrat in Düsseldorf.
Büchner war Kabinettsreferent und half zuweilen in der kath. Abteilung~~en~~ mit. Er hielt sich aus aller Hauspolitik heraus.
Ministerialdirigent Joseph Roth. Als Roth kam, führte er den Titel Studienrat. Er wurde Leiter der katholischen Abteilung, und die Ministerialdirigentenstelle wurde extra für ihn geschaffen. In seiner Abteilung war im Vergleich mit der evangelischen Abteilung wenig zu tun.
Roth war ein interessierter Mensch; er hatte gute Beziehungen zu verschiedenen Parteigrössen. Vor 1933 hatte er auf den Parteitagen immer die Messe zelebriert, nach 33 war er regelmässig Gast des Parteitages.
Sein Mitarbeiter war Dr. theol. Sebastian Schröcker, der jetzt Rechtsanwalt in Göttingen ist (Am Feuerschanzengraben 14). Schröcker hatte wohl einige Weihen. Er hat über Roth vermutlich noch Material.
Herr von Hanstein war sehr kirchlich und treuherziger PG. Er wurde später, wohl wegen Mangels an weltanschaulicher Eignung aus der SS ausgeschlossen. Jetzt ist er Kirchenrat in Detmold.
Dr. Johannes Richter, der an die Stelle Barners trat, hielt sich sehr zurück. ~~[illegible]~~ Er bekam noch die Ministerialdirigentenstelle Roths.
Albrecht SA Sturmführer. Er tauchte eines Tages plötzlich auf und bekam das Referat für Zusammenarbeit mit der Polizei; ausserdem bekam er die hannoverschen Angelegenheiten, die Dr. Ruppel entzogen wurden. Später verlor er den Spass an der Sache und ging zum Propagandaministerium.
Fohr kam aus dem Kultusministerium Wien im Sommer 39 als österreichischer Ministerialrat. Er war ein gebildeter Katholik und schrieb über das österreichische Konkordat.
Herrn von Dettens Vater war Schriftführer der Zentrumspartei im preussischen Landtag gewesen; die Basis seines politischen Wirkens aber war sein Bruder gewesen; seine Frau war fromm evangelisch. v. Detten hatte die Stelle Jägers inne; er schied aus, als Muhs gekommen war.

Staatssekretär Dr. Muhs wurde im April 36 im RKM angekündigt, nachdem Kerrl im Winter 35/36 ohne Staatssekretär regiert hatte. Die Besetzung dieser Stelle hat wohl keine besonderen inneren Gründe oder politische Bedeutung, sondern war eher verwaltungsmässig begründet. Der Vorschlag, Muhs dafür zu nennen stammt höchstens aus der hannoverschen Clique Rust-Willekens-Kerrl, der im weiteren Kreise Muhs und dessen Freund Goelle angehörten. Vielleicht spielte noch der Einfluss eines gewissen Herrn Sommer mit, der im Ministerium Hess sass. Hannover protestierte gegen die Berufung von Muhs, weil der 1933 im DC Kirchensenat von Hannover gesessen hatte und kurz vor seiner Berufung aus der Kirche ausgetreten war. Muhs stammt aus der Gegend von Göttingen, Hannoversch Münden. Er war keine differenzierte Natur und ansich nicht unnett. Auffällig an ihm waren sture Augen und ein sturer Blick, sodass ein Kollege ihm seine Augen einmal mit denen einer Fliege verglichen, die auch nur immer einen ganz engen Blickkreis erfassen können.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-134-8

Obgleich Kerrl Muhs selbst berufen hatte, stimmte er mit ihm doch sachlich in vielem nicht überein und hatte mit ihm auch keineswegs immer gutes Zusammenarbeiten. Ein Zeugnis dafür ist Kerrls Hausverfügung vom 18.Dez.36, die beginnt: "Ich habe leider Veranlassung, nachdrücklichst darauf hinzuweisen, dass die Politik meines Ministeriums von mir allein bestimmt und auch nach aussen vertreten wird." - Diese Verfügung galt vor allem Muhs, der es liebte, mit Hilfe von Albrecht in allerhand kleinen Fällen eigenmächtig "herumzurühren" und überhaupt "von der Seite her" Einflüssen in der Politik des Ministerium Geltung zu verschaffen, die nicht in Kerrl Linie lagen.
Dabei war auch Muhs der Partei im Grunde suspekt, da er für deren Begriffe doch "für die Kirche" war. Obgleich er dafür vorgeschlagen wurde, bekam er nie das goldene Parteiabzeichen und wurde auch in der SS nicht befördert.
Heute lebt Muhs bei Hannoversch Münden. Wo, darüber kann wohl Pastor Heinrich in Jühnde Kreis Hann. Münden Auskunft geben.
Anfangs hatte Kerrl Muhs fast ausschliesslich auf der Reichsstelle für Raumordnung tätig sein lassen.

Kerrl war Idealist - auch im philosophischen Sinne; er kannte sehr gut und zitierte oft Kant und Schiller und war von daher auch in seinem Verständnis des Christentums bestimmt. Biologische Gesichtspunkte spielten bei ihm gar keine Rolle. Er war ein kranker Mann (Herz und Nieren).
Als Justizminister hatte er, ausser in der politischen Abteilung, fast alle alten Beamten beibehalten und hatte sich einen sehr zivilen Umgangston mit Beamten angewöhnt, den er dann im RKM beibehielt.
Ausser Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten war er noch Leiter der Reichsstelle für Raumordnung, Geschäftsführender Vizepräsident des Reichstages, Verwalter des preussischen Herrenhauses. Er versuchte aber nicht, aus seinen vielen Posten eine möglichst grosse finanzielle Ausbeute zu gewinnen und verhielt sich insofern anders als der Reichsbischof Müller, der immer bemüht war, möglich viel Geld zu machen - auch in Zeiten, wo er eigentlich nur noch sein Gehalt bezog, ohne seine Funktion auszuüben. Damals schrieb er Bettelbriefe an Hitler, er brauche mehr Geld für Repräsentationszwecke. Als er Edda Göring taufte, liess er durch Bodenschatz im RKM um ein Honorar bitten.

Kerrl Position in der Partei war schlecht, sein Einfluss viel zu gering. Von Hitler wurde er zwar freundlich behandelt, aber er hat bei ihm nie wirklich eine Klärung zu erreichen vermocht. Mit seiner Ernennung zum Minister für die kirchlichen Angelegenheiten hatte er den Auftrag bekommen, den "Klamauk" in der Kirche zu beruhigen und die Sorgen mit der Kirche dem Staate vom Leibe zu halten. In Parteikreisen einschliesslich der meisten Reichsleiter war dieser Auftrag verstanden worden als Anweisung, die Kirche allmählich abzubauen und kaputt zu machen. Um gegen diese Vorstellungen und Absichten seine Linie stärker zur Geltung xx bringen zu können, wollte Kerrl gern Reichsleiter werden, was ihm aber nie gelungen ist. So aber gelang es Kerrl nichtx nur nicht, seine kirchenpolitische Linie überhaupt durchzusetzen, sondern er konnte nicht mal seinen Anordnungen immer in allen Gauen Geltung verschaffen. So versuchte er z.B. zur Zeit der Bildung der Landeskirchenausschüsse in Mechlenburg und Thüringen garnicht erst, solche

Institut für Zeitgeschichte München

25-131-9

Ausschüsse zu bilden, weil die dortigen DC grossen Rückhalt bei der Partei hatten, die Kerrl bei Hitler einen grossen Krach beschehrt hätte. Aehnlich war es bei der Einrichtung der Finanzabteilungen. Auch in der Reichsstellen für Raumordnung gelang es Kerrl nicht immer, sich durchzusetzen bei den Stellen, deren Raumplanungen er koordinieren sollte. So wurde z.B. das Volkswagenwerk doch an einer anderen Stelle errichtet als Kerrl angegeben hatte.
Dabei hatte Hitler Kerrl anfangs für die Kirchenpolitik ziemlich freie Hand gegeben. Kerrls politisches Gewicht aber reichte nicht aus, diese Freiheit wirklich zu nützen oder zu verhindern, dass Parteikreise mit Hilfe von Leuten wie Muhs und Albrecht ihm ständig quer schossen. Und das Braune Haus wirkte auch einfach potentiell; seinm Wille "beschattete" gewissermassen das RKM und liess gewisse Massnahmen, die man vielleicht gern getroffen hätte, von vornherein unmöglich erscheinen. Eine solche potentielle Wirkung übte das Braune Haus z.B. beim Rücktritt des Reichskirchenausschusses aus.
Kerrls eigene kirchenpolitische Linie ist schwer zu umschreiben; treffend ist ein Ausspruch der damaligen Zeit: "Die Partei will Trennung von Staat und Kirche. Die DC wollen die Staatskirche. - Kerrl will beides." Seine Gedanken darüber und überhaupt seine weltanschauliche Konzeption hatte Kerrl in einem Buche niederzulegen begonnen, dessen Manuskript sich möglicherweise noch beim früheren Tatzlewurmverlag in Stuttgart befindet. In diesem Buche versuchte Kerrl mit Blick auf die Partei die Bedeutung des Metaphysischen zu erweisen und klar zu machen, dass Christentum und Kirche sein müssen - alles geschrieben ungefähr im Sinne des Kulturprotestantismus.

Bemerkungen zu einzelnen Persönlichkeiten:

Ministerialrat Conrad bearbeitete bis zur Gründung des RKM die kirchlichen Angelegenheiten im Innenministerium. Da er, wenigstens in der ersten Zeit, sehr wenig zu tun hatte, arbeitete er hauptsächlich in der Vermessungsabteilung mit. Es hiess, er habe sich von Niemöller trauen lassen; jetzt ist er ein Gegner Niemöllers. Er sitzt jetzt im Berliner Senat.
Die kirchliche Abteilung des Innenministerium hatte früher mit dem Deutschen Ev. Kirchenbund zu tun.

August Jägers Vater war Vizegeneralsuperintendent in Wiesbaden gewesen. Jäger war wohl mit dem Staatssekretär im Innenministerium Stuckart bekannt gewesen.

Dr. Werner hatte sich die Sympathien der DC erworben, weil er einen Prozess für sie gewonnen hatte - als sie nämlich den Namen der Kirchenpartei "Deutsche Evangelische Kirche" vor der Wahl anfochten. Dieses Verdienst öffnete ihm den Weg zu seinem kirchenpolitischen Aufstieg.

Frick hielt sich aus der Kirchenpolitik möglichst heraus. Er hatte keine besonderen Beziehungen zum RKM oder zu Kerrl. Es gab überhaupt niemanden im Innenministerium, der sich für die Kirche besonders interessierte.

~~xxxxxx~~ Popitz stand Kerrl nahe. Zu Popitz ging man Rat holen, wenn es mal "ganz dick" kam. Auf Popitz wieder hatte Professor Lietzmann Einfluss, dessen Werke auch Kerrl las.

Institut für Zeitgeschichte München

ZS-131-10

Gürtner hielt zu Landesbischof Meiser. Frau Gürtner war gut evangelisch. Wenn Meiser in Berlin zu tun hatte, war er oft bei Gürtners zum Abendessen.

Krüger (aus dem Braunen Haus) war eine Weile Kultusminister in Wien nach dem Anschluss.

Die Zeit zwischen Oktober 34 (Rücktritt Jägers) und Juli 35 (Schaffung des RKM durch Führererlass), war in der Kirche eine Zeit grossen juristischen Wirrwarrs. In vielen Fällen war es unsicher, welche Gesetze und Verordnungen zu gelten hatten und welche nicht; ausserdem schwebten sehr viele unerledigte Prozesse. Dennoch war die Zeit für die Interessen der Kirche nicht ungünstig, da unter Geheimrat Göhring die Geistliche Abteilung des Kultusministeriums einigen Einfluss gewinnen konnte.
In diesen Monaten wurden zunächst die Finanzabteilungen gegründet durch Erlass des EOK vom 3.Feb.35. Der Gedanke der Finanzabteilungen stammt "aus der Ecke Popitz" und war xxx zunächst durchaus im Interesse der Kirche gefasst worden. Bei den heftigen Gegensätzen zwischen den Kirchenparteien bestand nämlich die Gefahr, dass man sich um das vom Staat zugewiesene Geld schlug, und vor allem dass der Staat nicht wusste, wer nun zuständig sei, wem er das Geld zu geben habe. So sollten die staatlichen Gelder an die neutralen Finanzabteilungen gehen, denen dann die Sorge der Verteilung überlassen blieb. Dr. Ruppel gebraucht zur Erklärung das Bild eines Flusses, auf dessen einer Seite der Staat mit dem Geld stehe; auf der anderen Seite sind die unter sich uneinigen Empfänger. Die Finanzabteilungen sollen nun die Brücke zwischen beiden bilden.
Die Finanzabteilungen als Waffe gegen die Kirche zu benutzen, war erst eine Erfindung von Dr. Muhs, der dann auch ganz kirchenfremde Leute in die Behörden setzte. Ursprünglich war die Reichskirchenfinanzabteilung mit ganz "harmlosen" Leuten besetzt: xxx Meinzolt, Mükler-Stuttgart, Schnelle, Gustavus. Aehnlich war es bei den Finanzabteilungen der Länder.

Durch Gesetz vom 26.Juni 35 wurde die Beschlusstelle in Rechtsangelegenheiten der Evangelischen Kirche begründet, deren Aufgabe es war, die schwebenden Prozesse zu übernehmen und zu entscheiden. Diese Institution wurde in der Hauptsache auf Wunsch des Justizministers geschaffen, der Hitler nicht reizen wollte, weil er in den Prozessen immer wieder für die BK entscheiden musste. Die Beschlüsse sollten für das ganze Reich rechtsverbindlich sein; dass sie aber nicht begründet wurden, dasx war der schwache Punkt der Institution.
In den Fällen, bei denen es möglich war, hat Landgerichtsrat Haugg verglichen - der Rest aber blieb unentschieden. Mitglieder der Beschlusstelle waren auch Dr. Ruppel und Prof.Dr.Weber-Berlin.

Als Kerrl im Juli 35 begann, Leute für sein Ministerium zu suchen und die Arbeit des Ministeriums vorzubereiten, war die für alle weiteren Entschlüsse grundlegende Frage, ob die Kirche schon hoffnungslos in zwei Gruppen zerfallen sei, sodass man am besten daran tat, unter einem Verwaltungregiment zwei geistliche Regimenter einzurichten. Dr. Ruppel konferierte über diese Problem mit einem Manne, dem er eini-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-131-11

gen Einfluss auf Kerrl zutrauen konnte; das war Prof. Althaus, dessen Vater Superintendent in Fallingbostel gewesen war, wo Kerrls Vater Schulrektor gewesen war. Althaus war dagegen, zwei geistliche Regimenter einzurichten, denn die DC mit Substanz fänden sich doch allmählich wieder zurück; die anderen aber seien nur Nazis und zählten garnicht zur Kirche. Dr.Ruppel und andere standen auf dem Standpunkt, man solle aber den DC immerhin Sondergottesdienste einrichten; es sei ja doch nur eine Gruppe, die man nachher ausklammern könne. Doch die BK vertrat demgegenüber die Ansicht, dass das kirchlich keinesfalls geduldet werden dürfe.

Im Oktober 35 wurde der Reichskirchenausschuss gebildet und im Anschluss daran die Landeskirchenausschüsse. Sie waren als interrimistische Instanzen gedacht, deren Aufgabe es sein sollte, eine neue endgültige Ordnung der Kirche vorzubereiten. Die Landeskirchenausschüsse wurden durch Reisen in die einzelnen Landeskirchen und viele diplomatische Verhandlungen gebildet, an denen Dr. Ruppel wegen seiner grossen Personalkenntnis mit beteiligt war. Je nach den örtlichen Verhältnissen glückte die Bildung der Ausschüsse verschieden gut. Wirklich schlecht wurden sie aber erst nachträglich dort, wo auf Seiten der extrem eingestellten Partner der Wille zur Zusammenarbeit überhaupt fehlte. Daran sind dann die Ausschüsse letzlich auch gescheitert, dass die Bruderräte nicht mitmachen wollten - und ausserdem deshalb, weil Kerrl sich nicht nicht in allen Gauen durchsetzen konnte.
Das Beispiel für eine besonders glückliche Ausschussbildung bietet Hannover, wo den Ausschuss bildeten:
Marahrens, Redepenning, Mahrenholz, Bosse und Rose, ein harmloser DC Pastor. - Nach der Bildung des Ausschusse geizte man mit dem Gelde nicht und setzte die Pröbste und Beamten, die DC waren, auf gute aber ungefährliche Pöstchen. Manche nannten das "Verfolgung" der DC. Stahn hatte immer geraten: "Behandelt die Leute anständig, sonst kriegen wir Krach mit der Partei". Unter den Abgesetzten befand sich auch der Bischof Peter.

Für die politische Schwäche Kerrls und zugleich für die bedenkliche Rolle, die Muhs spielte, bezeichnend ist ein Vorkommnis im Sommer 36, das Herr von Detten, der damals noch da war, mit dem Kommentar versah: "Alles verloren, ausser der Ehre, welche gerettet ist".
Kerrl wollte einmal energisch sein und wollte vielleicht seine Position in der Partei stärken durch eine Verordnung, die einen Schlag gegen die BK bedeutete. Das Manuskript wurde Samstags ins Innenministerium gegeben, damit es von der Reichsdruckerei zum Druck im Reichsgesetzblatt vorbereitet werde. Doch musste, was im RGB erscheinen sollte, erst Hess vorgelegt werden,und - das Ministerium inhibierte den Erlass. Muhs hatte sich am Samstag von Dr. Ruppel noch Literatur zum Gegenstand des Erlasses geben lassen, und Kerrl wurde am Sonntag auf den Obersalzberg beordert. Dort fand Kerrl auch fast alle Reichsleiter versammelt: Rosenberg, Schirach, Lutze, Hess, Himmler; auch Major Buch. Die fielen alle über Kerrl her und machten ihn fertig, er solle doch die Kirche abbauen und er tue das Gegenteil; er solle sich doch aus diesen kirchlichen Dingen heraushalten. Kerrl hatte niemanden unter den Reichsleitern, der auf seine Seite trat, auch nicht den völlig areligiösen Lutze, dessen Frau aber doch eine Nichte von Frau Kerrl war.

Institut für Zeitgeschichte München

25-131-12

Obgleich Kerrl auf Grund des Ermächtigungsgesetzes das Verordnungsrecht hatte, musste er seine Verordnung wieder zurückziehen. Von da an war er sich über die wirkliche Lage im Klaren und er kämpfte nur noch gegen die Wogen auf verlorenem Posten. Nur sein Idealismus und sein Glaube, dass der Geist am Ende doch siegen müsse, hielten ihn noch auf seinem Posten.

Eine ähnliche Dusche bedeutete für Kerrl bei anderer Gelegenheit ein Briefwechsel mit dem ausgesprochen antikirchlichen Dr. Ley, der im Plan der Volkswagenstadt keinen Raum für Kirchenbauten verzeichnet hatte. Als Ley in einem Brief rundweg ablehnte, Kirchenbauten zuzustimmen, sagte Kerrl erschüttert: "Da haben wir es in der Hand".

im RKM

Am 17. Juli 37 wurde die Frage wieder akut, ob man nicht auf eine Trennung der Kirche vom Staat hinwirken solle, bzw. ob man das nicht doch 1935 schon hätte tun sollen. An diesem Tage kam Kerrl von einem Besuch auf dem Obersalzberg zurück, wo er vergeblich versucht hatte, bei Hitler für die Kirche noch etwas zu unternehmen. Kerrl kam darnach zu dem ~~xxgxxis~~ Ergebnis, man müsse eine Trennung oder wenigstens eine gründliche Distanzierung vom Staat vollziehen. Dr. Ruppel bestärkte ihn in dieser Ansicht mit Rücksicht darauf, dass ja dann Leute wie ~~Lo~~ Dr. Muhs nicht mehr die Möglichkeit hätten, sich in ~~xxgxxxgxx~~ innerkirchliche Angelegenheiten einzumischen. Kerrl beschloss damals auch wirklich, die Kirche mehr aus dem Staat herauszulösen.
Den somit angestrebten Zustand der "hinkenden" Trennung von Staat und Kirche hat es ja an sich schon auf Grund des § 137 der Weimarer Verfassung gegeben. Nur war eine völlige Trennung von Staat und Kirche deshalb nicht leicht durchzuführen, weil die beiden in einer sehr engen rechtlichen Symbiose miteinander lebten. Die Rechtsbeziehungen zwischen diesen beiden Partnern waren sehr ausgedehnt, und eine Trennung hätte auf sehr vielen Gebieten des Rechtes grosse Abänderungen nötig gemacht. (Vgl. dazu Dr. Ruppels Aufsatz im Archiv für evangel. Kirchenrecht). Bei der nationalsozialistischen Führung, die ja auch auf eine solche Trennung hinaus wollte, spielte neben diesem Gesichtspunkt auch die Rücksichtnahme auf den Willen des Volkes eine Rolle, dem man eine solche Massnahme noch nicht glaubte zumuten zu können. Hitler hatte die Kirchenfrage eben vertagt. Man erzählte sich jedoch von einem Gespräch zwischen Himmler und Göring, wo Himmler gesagt haben soll, nach dem Krieg werde Hitler aus der Kirche austreten, und das Volk werde ihm jubelnd folgen.

Einzelnes

Zu Dr. Muhs spannen die Thüringer DC ihre Fäden (auch das typisch für Muhs Politik "von der Seite her"!). Leffler selbst war ein Idealist und gleubte, dass der Geist sich alleine durchsetzen werde. Unter seinen Mitarbeitern aber waren Leute, die mit allen Mitteln arbeiteten und die besonders in der Zeit der Ausschüsse einen intensiven Kleinkrieg führten. Der DC Landesbischof von Thüringen Sasse war ein unklarer Biedermann. Nach seinem Tode entspannen sich heftige Diadochenkämpfe.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-131-13

Einer der Kandidaten namens Lehmann drohte, er werde, wenn man ihn nicht ernenne, den Panzerschrank öffnen, in dem sich allerhand kompromittierende Akten befanden. Rönck, der dann endlich Nachfolger Basses wurde, war Angehöriger der SS. Er lebt heute in Rutin.

Der rechtliche Status der Partei als Körperschaft öffentlichen Rechts schien vielen Parteigenossen in späteren Jahren der Partei unwürdig zu sein.

Die Auszüge aus Rosenbergs Tagebüchern, die in der Zeitschrift "Der Monat" veröffentlicht wurden, gelten nach Mitteilung Dr. Ruppels im allgemeinen als glaubwürdig.

Ich erkenne die von mir gegebenen Auskünfte als im vorstehenden Protokoll richtig wiedergegeben an. Ich bin mit einer Verwendung dieser Auskünfte durch das Deutsche Institut für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit einverstanden.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv